

## V-7

Antragsteller\*innen: Landesvorstand u.a.

Gegenstand: TOP 12: Verschiedenes

### **Flüchtlingsschutz geht vor!**

1 Armut, Kriege und Konflikte, die Folgen der Klimakrise, Menschenrechtsverletzungen und  
2 Vertreibungen zwingen immer mehr Menschen außerhalb ihrer Heimat Schutz zu suchen.  
3 Weltweit sind derzeit über 50 Millionen Menschen auf der Flucht und aufgrund ständiger  
4 Konflikte steigt die Zahl weiter an. Jedes Jahr wagen sich zehntausende Menschen auf  
5 die lebensgefährliche Fahrt über das Mittelmeer nach Europa, in der Hoffnung auf ein  
6 besseres und sichereres Leben. Allein im letzten Jahr waren es 219.000 Flüchtlinge, von  
7 denen 3.600 auf der Flucht über das Meer starben. Schätzungen zu Folge ertranken in den  
8 letzten 15 Jahren über 20.000 Flüchtlinge im Mittelmeer. Damit ist das Mittelmeer zum  
9 Massengrab geworden.

10 Es ist ein Skandal, dass die Blockadehaltung der Bundesregierung dazu beigetragen hat,  
11 dass das Seenotrettungsprogramm „Mare Nostrum“ nicht fortgeführt wurde. Dieses Pro-  
12 gramm hat unabhängigen Schätzungen zu Folge innerhalb eines Jahres mehr als 140.000  
13 Menschen das Leben gerettet. Weil die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Uni-  
14 on sich weigerten monatlich gut 9 Mio € zur Verfügung zu stellen, die Italien vorher alleine  
15 aufgebracht hatte, wurde das Programm im Herbst 2014 eingestellt. Stattdessen wurde  
16 die völlig unzureichende Grenzschutzmission „Triton“ eingerichtet (ausgestattet mit noch  
17 nicht einmal 3 Mio € monatlich), deren Ziel es nicht war Flüchtlinge im Mittelmeer zu  
18 retten, sondern nur die Grenzen der Europäischen Union zu „schützen“. Deutschland und  
19 die anderen Mitgliedsstaaten der EU haben es lange Zeit versäumt Hilfe zu leisten und  
20 so den Tod weiterer Flüchtlinge in Kauf genommen.

21 Auf dem EU-Sondergipfel am 23. April 2015 konnte in wesentlichen Punkten keine Eini-  
22 gung erzielt werden. Die Reichweite und der Umfang der dort beschlossenen Maßnahmen  
23 sind unzureichend. Daher müssen schnellstmöglich weitere und konsequentere Schritte  
24 folgen.

25 Deshalb unterstützen die GRÜNEN NRW den auf dem Länderrat im April 2015 be-  
26 schlossenen Antrag „Seenotrettung jetzt!“. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich auf  
27 europäischer Ebene für weitergehende Schritte hin zu einem angemessen ausgestalteten  
28 Seenotrettungsprogramm einzusetzen, das mindestens auf dem Niveau von „Mare No-  
29 strum“ liegt, und sich an den Kosten zu beteiligen. Das Programm muss unbefristet und

30 auskömmlich finanziert sein und die Seenothilfe dabei absoluten Vorrang vor Grenzsicherung oder Strafverfolgung haben. Die Aufstockung von Frontex lehnen wir ab. Sie ist  
31 keine hinreichende Alternative zu einem Seenotrettungsprogramm. Militäreinsätze gegen  
32 Schlepperbanden, wie sie gerade angedacht und vorangetrieben werden, lehnen wir ab.  
33

34 Die Europäische Union muss zudem Flüchtlingen legale Einreisemöglichkeiten mit humanitären  
35 Visa und Familienzusammenführungen bieten. Die Aufnahme im Rahmen des  
36 Resettlement-Programms muss erhöht werden und für Menschen, die aus Armut und  
37 Elend fliehen, braucht es zumindest eine Chance auf legale Aufnahme, etwa durch ein  
38 umfassendes Einwanderungsgesetz.

39 Darüber hinaus bekräftigen wir unseren Standpunkt hinsichtlich der Dublin III-  
40 Verordnung und fordern nach wie vor ihre Abschaffung. Wir wollen eine solidarische  
41 Asylpolitik etablieren, die gemeinsamen und solidarischen Standards bei der Aufnahme  
42 und Unterbringung folgt. Dabei bedarf es einer Aufteilung der Verantwortung unter allen  
43 EU-Mitgliedsstaaten zur Aufnahme der Flüchtlinge. Insbesondere die Bundesregierung ist  
44 gefragt, die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nicht allein zu lassen und sich an  
45 den Kosten für eine menschenwürdige Unterbringung mit entsprechender Ausstattung zu  
46 beteiligen. Aber auch wir in NRW wollen unseren Beitrag zur Unterstützung der Kommunen  
47 leisten. Wir begrüßen daher, dass Rot-Grün bereits im Haushalt 2015 beschlossen hat,  
48 die Gelder, die die Kommunen für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge im  
49 Rahmen des FlüAG erhalten, strukturell um 40 Millionen Euro, also 25% aufzustocken.  
50 Dementsprechend werden auch in 2015 und 2016 Bundesmittel in Höhe von 54 Millionen  
51 Euro an die Kommunen weitergeleitet. Aus unserer Sicht ist dabei auch nicht hinnehmbar,  
52 dass staatliche Aufgaben von ehrenamtlichen Helfer\*innen ersetzt werden. Das große  
53 ehrenamtliche Engagement der Bürger\*innen verdient uneingeschränkt Anerkennung und  
54 Unterstützung. Ehrenamtliches Engagement vor Ort kann aber immer nur eine Ergänzung  
55 zu einem umfassenden Integrationsprogramm darstellen und damit einen Beitrag  
56 zur Verständigung mit der Bevölkerung leisten. Dass der Zugang zum Ausbildungs- und  
57 Arbeitsmarkt bereits verbessert und das absolute Arbeitsverbot nun von neun auf drei  
58 Monate verkürzt sowie die sog. Vorrangprüfung von vier Jahren auf 15 Monate verkürzt  
59 werden konnte ist ein Erfolg GRÜN-mitregierter Länder. Wir GRÜNEN bleiben aber bei  
60 unserer Forderung, Sondergesetze wie das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen und  
61 die Geflüchteten in die sozialen Regelsysteme aufzunehmen. Ein solcher Schritt würde die  
62 Kommunen um 50% bei den Kosten entlasten und macht die Integration von Anfang an  
63 möglich. Die notwendige direkte Gesundheitsversorgung über die gesetzliche Krankenkasse  
64 wird so gewährleistet.

65 GRÜNE Flüchtlingspolitik bekämpft konsequent die Fluchtursachen. Sie müssen vor Ort  
66 und gemeinsam auf Augenhöhe bekämpft werden. Dazu sind umfangreichere Hilfen in den  
67 Herkunftsländern von Nöten. Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit allein reicht nicht aus,  
68 muss aber mindestens zu fairen Bedingungen für alle Seiten stattfinden. Wir stehen für  
69 eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, die präventive Friedenspolitik in  
70 den Mittelpunkt stellt.

71 Die Bundesregierung und die EU tragen die politische Verantwortung für die Folgen ihres  
72 Handelns und ihrer Unterlassungen besonders auch im Klimaschutz. Der Klimawandel  
73 ist für Kleinbauern in Afrika schon heute spürbar. Subventionierte Dumpingexporte aus

74 Europa und anderen Ländern machen ihnen dabei zusätzlich zu schaffen. Auch europäi-  
75 sche Fischereiflotten sind an der Überfischung afrikanischer Küstengewässer beteiligt. Bei  
76 der Bekämpfung der Fluchtursachen gehören daher für uns GRÜNE auch weiterhin der  
77 Einsatz für den Umweltschutz, die Bekämpfung des Klimawandels sowie der Einsatz für  
78 fairen Handel dazu.

79 Gemeinsam mit den Staaten Afrikas muss die Europäische Union auch wirksame Maß-  
80 nahmen zur Bekämpfung von Schlepperbanden ergreifen, die Flüchtlinge auf zu kleinen  
81 und meistens nicht mehr seetüchtigen Schiffen unterbringen und so billigend die vielen  
82 Schiffsunglücke mit zahlreichen Toten in Kauf nehmen.

83 Die Europäische Union ist für uns verknüpft mit dem Gedanken an Freiheit und Vielfalt,  
84 Frieden und Demokratie sowie nicht zuletzt auch Wohlstand. Sie hat geholfen, jahrhun-  
85 dertealte Gegensätze und Konflikte zu überwinden und einen geschichtlich einmaligen  
86 Frieden zu schaffen. Menschen, die genau dies suchen, darf die EU nicht mit geschlosse-  
87 nen Grenzen begegnen. Wir GRÜNE stehen für ein Europa, das keine Festung ist und  
88 fordern die Bundesregierung auf, Abschottungspolitik und Missbrauchsrhetorik einzustel-  
89 len und endlich globale Verantwortung zu übernehmen.

## **Antragsteller\*innen**

Landesvorstand

LAG Frieden, Europa und Internationales